

Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

von

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz, Thomas Janovsky, Prof. Dr. Britta Bannenberg, Dr. Wolfgang Bär, Dr. Siegfried Beck, Klaus-Dieter Benner, Dr. Jens Bülte, Gerhard Dannecker, Prof. Dr. Alfred Dierlamm, Stephan Gericke, Ulrike Grube, Dr. Thomas Hackner, Marion Harder, Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Thomas C. Knierim, Juliane Krause, Dr. Manfred Möhenschlager, Doris Möller, Nadja Müller, Matthias Nickolai, Dr. Christian Pelz, Dr. Ulrich Pflaum, Dr. Johann Podolsky, Dr. Rolf Raum, Jens Richtarsky, Dr. Dirk Sauer, Dr. Robert Schnabl, Peter Solf, Dr. Susanne Wagner, Renate Wimmer

[Prof. Dr.] Britta Bannenberg, Professorin für Kriminologie, Strafverfahrensrecht und Strafrecht an der Universität Bielefeld. (Stand: April 2006)

4. Auflage

[Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts – Wabnitz / Janovsky / Bannenberg / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

Thematische Gliederung:

[Nebenstrafrecht – Wichtige juristische Praktikertitel](#)



Verlag C.H. Beck München 2014

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64373 6

Wabnitz/Janovsky

Handbuch des
Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts

Herausgegeben von

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz

Generalstaatsanwalt a. D.

und

Thomas Janovsky

Generalstaatsanwalt

4., neu bearbeitete und erweiterte Auflage

2014

www.beck.de

ISBN 978 3 406 64373 6

© 2014 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Kösel GmbH & Co. KG,
Am Buchweg 1, 87452 Altusried

Satz: ottomedien,
Heimstättenweg 52, 64295 Darmstadt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 4. Auflage

Die Verfolgung und Ahndung von Wirtschafts- und Steuerstrafsachen steht weiterhin und verstärkt im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Besondere Herausforderungen für das Wirtschaftsstrafrecht stellen die Globalisierung der Märkte, die technische Entwicklung, insbesondere das Internet, und die sog. europäische Banken- und Schuldenkrise dar.

Wir freuen uns, dass wir sieben Jahre nach dem Erscheinen der 3. Auflage im Jahre 2007 nunmehr die 4. Auflage unseres Handbuchs auf den Markt bringen können. Das Werk wurde unter Beibehaltung des bewährten Gliederungskonzepts der aktuellen Entwicklung des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts angepasst und erweitert. Vorhandenes wurde auf den aktuellen Stand von Rechtsprechung und Lehre gebracht.

Uns ist es gelungen, für ausgeschiedene Autoren namhafte Bearbeiter zu gewinnen und wichtige Kapitel einzufügen. So dürfen wir in unserem multiprofessionellen Team aus Praktikern und Wissenschaftlern zahlreiche neue Autorinnen und Autoren begrüßen:

An der Neubearbeitung der von Professor Dr. Gerhard Dannecker verfassten Kapitel 1 und 2 zur Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland und der Entwicklung unter dem Einfluss des Europarechts hat sich nunmehr Professor Dr. Jens Bülte, Universität Mannheim, beteiligt. Das ebenfalls von Professor Dannecker erstellte Kapitel zum Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht wurde von ihm gemeinschaftlich mit Rechtsanwältin Nadja Müller aktualisiert. Die Kapitel Geldwäsche und Organisierte Wirtschaftskriminalität sind zwischen Oberstaatsanwalt Dr. Robert Schnabl, Staatsanwaltschaft Traunstein, und Oberstaatswältin Renate Wimmer, Staatsanwaltschaft München I, aufgeteilt worden. Rechtsanwalt Dr. Christian Pelz, München, bearbeitete das Kapitel Insolvenz – Strafrechtlicher Teil. Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf, Lehrstuhlinhaber für Strafrecht an der Universität Würzburg, übernahm von Generalstaatsanwalt Thomas Janovsky das Kapitel zu Straftaten im Gesundheitswesen. Oberregierungsrat Dr. Ulrich Pflaum vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen in München schrieb das Kapitel zum Steuerstrafrecht. Rechtsanwältin Ulrike Grube überarbeitete das Kapitel zum Internationalen Steuerrecht und zur Steuerhinterziehung. Leitender Ministerialrat Dr. Thomas Hackner, Niedersächsisches Justizministerium Hannover, nahm sich des Kapitels zur Internationalen Rechtshilfe an. Die Herren Jens Richtarsky, Richter am Sächsischen Finanzgericht, und Matthias Nickolai, Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Augsburg, befassten sich mit den Kapiteln zur Schwarzarbeit und Illegalen Beschäftigung bzw. zu den ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens. Über Besonderheiten im Strafverfahren schrieb RichterIn am Oberlandesgericht Bamberg Juliane Krause. Rechtsanwalt Dr. Dirk Sauer in München und Richter am Amtsgericht Stephan Gericke bearbeiteten die Kapitel über den Geschädigten im Strafverfahren bzw. die Zusammenarbeit mit anderen Behörden.

Das Buch wendet sich auch verstärkt der strafrechtlichen Verantwortung in Unternehmen zu. Neu eingefügt wurde unter anderem ein Kapitel über Straftaten im Handels- und Gesellschaftsrecht, das Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof Dr. Rolf Raum verfasste, der auch sein Kapitel über allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts um das immer bedeutender werdende Thema der Managerkriminalität erweiterte. Rechtsanwalt Thomas C. Knierim hat wichtige Probleme zum Begriff Compliance dargestellt.

Besonders aktuell sind die Bearbeitung des Außenwirtschaftsstrafrechts durch Regierungsdirektorin Marion Harder, das im Jahr 2013 eine gesetzgeberische Neubearbeitung erfuhr, und die Behandlung von Absprachen im Strafverfahren durch RichterIn am Oberlandesgericht Krause. Ministerialrat Dr. Wolfgang Bär hat seine Ausführungen zur Computer- und Internetkriminalität der auf diesem Gebiet rasanten Entwicklung angepasst und entsprechend ergänzt.

Vorwort

Abschließend danken wir allen Autoren für ihre Beiträge zu diesem Handbuch. Unser besonderer Dank gilt Herrn Andreas Harm vom Verlag C.H. Beck für seine große Geduld und die stets freundliche und unkomplizierte Zusammenarbeit.

Hof/Bamberg, im Januar 2014

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz
Generalstaatsanwalt a.D.

Thomas Janovsky
Generalstaatsanwalt

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Ausgehend von dem 1981 erstmalig erschienenen und im Sommer 1997 in 4. Auflage herausgegebenen Buch »Müller/Wabnitz/Janovsky, Wirtschaftskriminalität« wurde aufgrund der raschen Zunahme wirtschaftsdeliktischer Handlungsformen und des daraus resultierenden Aktualisierungsbedarfs eine neue Konzeption für die Gesamtdarstellung der Materie verwirklicht.

Die einzelnen Kapitel des Buches werden von ausgewiesenen Fachleuten ihrer Materie bearbeitet. Trotz des gestiegenen Umfangs des Werkes wurde Wert darauf gelegt, den Charakter eines Handbuches beizubehalten.

Die wichtigsten wirtschaftlichen Abläufe und deren Ausnutzung durch die Straftäter werden aufgezeigt; im rechtlichen Bereich werden die (wirtschafts-)strafrechtlichen Regelungen dargestellt; aufgrund vielfältiger praktischer Erfahrungen der Autoren werden umfassende Hinweise für die Verfolgung und Aufklärung, aber auch für die Verhütung von Wirtschaftsstraftaten gegeben.

Das Handbuch wendet sich an Praktiker in Justiz, Verwaltung und Wirtschaft.

Es soll Rechtsanwälten, Steuer- und Unternehmensberatern, Wirtschaftsjuristen in Firmen und Verbänden, Strafrichtern, Staatsanwälten, Angehörigen von Polizei, von Steuer- und Zollverwaltung, in Wirtschaftsunternehmen an verantwortlicher Stelle tätigen Personen eine praxisbezogene Gesamtdarstellung der juristischen Probleme und der Erscheinungsformen der wichtigsten Wirtschafts-, Steuer- und Zollstraftaten vermitteln. Gleichzeitig werden Lösungen für die aufgeworfenen Rechtsfragen und Hinweise zum Schutz vor Straftaten gegeben. Das Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts geht auf die Bedürfnisse der Praxis ein.

Mit ihm soll das nachhaltige Bestreben von Oberstaatsanwalt a.D. Dr. Rudolf Müller zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Steuerkriminalität fortgeführt werden.

Hof, im Februar 2000

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz/Thomas Janovsky

Aus dem Vorwort zur 2. Auflage

Wir freuen uns, nach nur drei Jahren bereits die zweite erweiterte Auflage des im Jahr 2000 erstmals erschienenen „Handbuchs des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts“ vorlegen zu können. Die kurze Abfolge des Erscheinens zeigt doch, dass für ein derart umfassendes Werk über das Wirtschafts- und Steuerstrafrecht auf dem Markt ein großes Bedürfnis besteht.

Die Wirtschaftskriminalität nimmt gerade in Zeiten, in denen die wirtschaftliche Lage schlecht ist, zu.

Umso wichtiger ist es, dass ein aktuelles und umfassendes Kompendium auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts zur Verfügung steht. Die jetzt vorliegende zweite Auflage wurde um wesentliche Teile im Bereich des Allgemeinen Wirtschaftsstrafrechts, der Abschöpfung kriminell erlangten Vermögens und der Geschädigtenrechte erweitert. Dem zunehmenden Fortschritt der elektronischen Kommunikation und dem EDV-Einsatz sowohl durch den Täter als auch die Ermittler wurde besonderes Augenmerk gewidmet. Durch eine Neustrukturierung des Kapitelaufbaus soll der Zugang zum Buch erleichtert werden.

Bamberg/Bayreuth im August 2003

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz/Thomas Janovsky

Aus dem Vorwort zur 3. Auflage

Kurz nach dem Erscheinen des Zweiten Periodischen Sicherheitsberichts der Bundesregierung Ende 2006 liegt nun die dritte Auflage des Handbuchs des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts vor.

Die schon immer umfangreichen Wirtschaftsstrafverfahren nehmen durch die Raffinesse der Täter, die Internationalisierung und den technischen Fortschritt sowohl in Bezug auf die Qualität als auch auf die Quantität immer mehr zu. Wiederholt sind Vorwürfe laut geworden, Strafverfolgungsbehörden und Gerichte seien nicht mehr in der Lage, den Kampf gegen die Intelligenztäter erfolgreich zu führen oder gar zu gewinnen.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die effektive Verfolgung der Wirtschaftskriminalität auf hohem Niveau sichergestellt. Auf neue Kriminalitätsformen wird meist adäquat reagiert. Gleichwohl muss davor gewarnt werden, dass es zu keiner zu starken Ausweitung „schneller“ und im Einzelfall nicht sachgerechter Erledigungen durch Verfahrenseinstellungen nach § 153a StPO oder durch Verfahrensabsprachen kommt, die getroffen werden, um langwierige oder schwierige Verfahren zu vermeiden. Ansonsten würde das Vertrauen der Bevölkerung in unseren Rechtsstaat in nicht hinnehmbarer Weise geschädigt.

Unser Handbuch will zur effektiven Bekämpfung der Wirtschafts- und Steuerkriminalität seinen Beitrag leisten. Im Interesse der Benutzerfreundlichkeit sind die einzelnen Kapitel weiterhin so konzipiert, dass sie aus sich heraus abgeschlossen und verständlich sind. Gliederung und Aufbau blieben gegenüber der zweiten Auflage unverändert.

Bamberg/Bayreuth im Februar 2007

Dr. Heinz-Bernd Wabnitz/Thomas Janovsky

Bearbeiterverzeichnis

Prof. Dr. Britta Bannenberg
o. Professorin für Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzug
Universität Gießen

Dr. Wolfgang Bär
Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

Dr. Siegfried Beck
Rechtsanwalt in Nürnberg
Fachanwalt für Insolvenzrecht und Fachanwalt für Steuerrecht

Prof. Dr. Jens Bütle
Professor für Strafrecht, Strafprozessrecht und Wirtschaftsstrafrecht
Universität Mannheim

Prof. Dr. Gerhard Dannecker
o. Professor für Straf- und Strafprozessrecht
Universität Heidelberg

Prof. Dr. Alfred Dierlamm
Rechtsanwalt in Wiesbaden
Honorarprofessor an der Universität Trier

Stephan Gericke
Richter am Amtsgericht Neuburg a. d. Donau

Ulrike Grube
Rechtsanwältin in Nürnberg

Dr. Thomas Hackner
Leitender Ministerialrat im niedersächsischen Justizministerium

Marion Harder
Regierungsdirektorin
Bundesfinanzdirektion West

Prof. Dr. Dr. Eric Hilgendorf
Ordinarius für Strafrecht, Strafprozessrecht, Rechtstheorie,
Informationsrecht und Rechtsinformatik
Universität Würzburg

Thomas C. Knierim
Rechtsanwalt in Mainz

Juliane Krause
Richterin am Oberlandesgericht Bamberg

Dr. Manfred Möhrenschlager
Ministerialrat im Bundesministerium der Justiz a.D.

Doris Möller
Rechtsanwältin
Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Berlin

Nadja Müller
Rechtsanwältin in Karlsdorf-Neuthard

Matthias Nickolai
Oberstaatsanwalt
Staatsanwaltschaft Augsburg

Dr. Christian Pelz
Rechtsanwalt in München
Fachanwalt für Strafrecht und Fachanwalt für Steuerrecht

Dr. Ulrich Pflaum
Oberregierungsrat im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen

Dr. Johann Podolsky
Rechtsanwalt und Leitender Kriminaldirektor a.D.

Dr. Rolf Raum
Vorsitzender Richter am Bundesgerichtshof

Jens Richtarsky
Richter am Finanzgericht
Sächsisches Finanzgericht

Prof. Dr. Christian Rödl, LL.M.
Rechtsanwalt, Steuerberater in Nürnberg

Dr. Dirk Sauer
Rechtsanwalt in Mannheim
Fachanwalt für Strafrecht

Dr. Robert Schnabl
Oberstaatsanwalt
Staatsanwaltschaft Traunstein

Peter Solf
Rechtsanwalt
Deutscher Schutzverband gegen Wirtschaftskriminalität e.V. Bad Homburg

Renate Wimmer
Oberstaatsanwältin
Staatsanwaltschaft München I

Inhaltsübersicht

Allgemeines

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland (<i>Dannecker</i>)	3
2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts (<i>Dannecker/Bülte</i>)	79
3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung auslandsbezogener Wirtschaftsstraftaten – (<i>Möhrenschlager</i>)	215

Wirtschaftsstrafrecht

4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts (<i>Raum</i>)	255
5. Kapitel. Compliance (<i>Knierim</i>)	327
6. Kapitel. Geldwäsche (<i>Schnabl</i>)	369
7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität (<i>Wimmer</i>)	395
8. Kapitel. Insolvenz – Materielle rechtlicher Teil (<i>Beck</i>)	409
9. Kapitel. Insolvenz – Strafrechtlicher Teil (<i>Pelz</i>)	469
10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich (<i>Knierim</i>)	579
11. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und gesellschaftsrechtlichen Pflichten (<i>Raum</i>)	673
12. Kapitel. Korruption (<i>Bannenberg</i>)	695
13. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen (<i>Hilgendorf</i>)	775
14. Kapitel. Computer- und Internetkriminalität (<i>Bär</i>)	813
15. Kapitel. Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (<i>Möhrenschlager</i>)	909
16. Kapitel. Strafbare Werbung (<i>Solf</i>)	945
17. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie (<i>Möller</i>)	983
18. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht (<i>Dannecker/N. Müller</i>)	1007
19. Kapitel. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung (<i>Richtarsky/Teil H: Pflaum</i>)	1117

Steuer und Zoll

20. Kapitel. Steuerstrafrecht (<i>Pflaum</i>)	1219
21. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung (<i>Rödl/Grube</i>)	1309
22. Kapitel. Zoll (<i>Harder</i>)	1347
23. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG) (<i>Harder</i>)	1455

Ermittlungs- und Strafverfahren

24. Kapitel. Internationale Rechtshilfe (<i>Hackner</i>)	1521
25. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens (<i>Nickolai</i>)	1593
26. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren (<i>Krause</i>)	1633
27. Kapitel. EDV-Beweissicherung (<i>Bär</i>)	1711
28. Kapitel. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung, Rückgewinnungshilfe (<i>Podolsky</i>)	1789

Inhaltsübersicht

29. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen (<i>Dierlamm</i>)	1827
30. Kapitel. Der Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen (<i>Sauer</i>)	1855
31. Kapitel. Die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit anderen Institutionen bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten (<i>Gericke</i>)	1891
Sachverzeichnis	1927

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Bearbeiterverzeichnis	IX
Abkürzungs- und Literaturverzeichnis	XLIII

Allgemeines

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland

(Dannecker)

A. Einführung	13
B. Begriff der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	15
I. Klassische Definition <i>Sutherlands</i> und ihre Fortentwicklung	15
II. Strafprozessual-kriminaltatsorientierte Begriffsbildung des § 74c GVG	17
III. Orientierung an der besonderen Sozialschädlichkeit	17
IV. Orientierung am Rechtsgüterschutz	18
V. Instrument des Wirtschaftsverkehrs als Schutzobjekte	19
C. Kriminologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität	19
I. Struktur der amtlich registrierten Wirtschaftskriminalität	19
II. Materielle Schäden und Schadensschätzungen	20
1. Schadenshöhe der registrierten Kriminalität	20
2. Schadensschätzungen	21
3. Schäden durch Sog- und Spiralwirkung und durch Begleitkriminalität	22
III. Entstehungszusammenhänge der Wirtschaftskriminalität und Sozialprofil des Wirtschaftsstraftäters	23
IV. Steuermoral und Steuerhinterziehung	24
V. Aufklärungs- und Strafverfolgungsprobleme bei Wirtschaftsstraftaten	25
1. Zur Bedeutung der Anonymität von Wirtschaftsdelikten für ihre Verfolgung und Aufdeckung	25
2. Aufklärungsquote bei Wirtschaftsdelikten	26
3. Spezifische Aufklärungsprobleme bei Wirtschaftsdelikten	26
VI. Auswirkungen spezieller Regelungen des Allgemeinen und des Besonderen Teils des Strafrechts auf die Strafverfolgung	28
1. Regelungen des Allgemeinen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	28
2. Regelungen des Besonderen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	36
VII. Erledigung von Wirtschaftsstrafverfahren	36
1. Empirische Untersuchungen	36
2. Absprachen über strafrechtliche Entscheidungen	37
VIII. Kriminalpolitische Forderungen zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	38
D. Zur geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	40
I. Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts bis zum Jahre 1945	40
II. Aufbau des Wirtschaftsstrafrechts nach dem 2. Weltkrieg	41
III. Einführung und Fortentwicklung des Ordnungswidrigkeitenrechts	43
1. Entkriminalisierung des Strafrechts durch Umwandlung in Ordnungswidrigkeiten	43
2. Ausweitung des Anwendungsbereichs des Ordnungswidrigkeitenrechts	43
3. Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	44
4. Allgemeiner Teil des Ordnungswidrigkeitenrechts	45

Inhaltsverzeichnis

5. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen	45
6. Einführung von Sanktionen gegen Verbände	47
IV. Die neuere Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	49
1. Änderungen des materiellen Wirtschaftsstrafrechts – Überblick über die Reformgesetze	49
2. Reformen im Bereich der Bußgeldverhängung gegen juristische Personen und Personenvereinigungen	69
3. Änderungen des Strafprozessrechts	73
E. Offene Grundsatzfragen der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	74
F. Criminal Compliance	75

2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts

(Dannecker/Bülte)

Einführung	90
A. Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Verwaltungsstrafrechts	91
I. Entwicklung der europäischen Einigung von der Gründung der EGKS bis hin zum Vertrag über eine Verfassung für Europa	91
1. Gründungsverträge	91
2. Einheitliche Europäische Akte	92
3. Maastrichter Vertrag	92
4. Amsterdamer Vertrag	92
5. Vertrag von Nizza und Charta der Grundrechte	93
6. Vertrag über eine Verfassung für Europa	94
7. Vertrag von Lissabon	95
8. Problematische Tendenzen der europäischen Gesetzgebung mit Strafrechtsbezug	97
9. Beitritt der EU zur EMRK und zu ausgewählten Zusatzprotokollen ..	97
II. Verbindung der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zu einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	97
III. Räumliche Erweiterung der Europäischen Union	98
1. Assoziierung und Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sowie Maltas, Zyperns und der Türkei	98
2. Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen mit weiteren Staaten ..	99
IV. Europa als kriminalgeographischer Raum	99
1. Entstehung eines kriminalgeographischen Raumes	99
2. Notwendigkeit einer Annäherung der nationalen Strafrechtsordnungen	99
V. Überblick über die Bedeutung des Europarechts für das Straf- und Sanktionenrecht	101
1. Begriff des Europarechts	101
2. Einfluss des Europarates auf das Straf- und Sanktionenrecht	101
3. Einfluss der OECD auf das Straf- und Sanktionenrecht	105
4. Einfluss der Europäischen Union auf das Straf- und Sanktionenrecht ..	106
B. Die Bedeutung des Unions- und Gemeinschaftsrechts für das nationale Wirtschaftsstrafrecht	126
I. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts	127
1. Rechtssetzung der EU	127
2. Rechtssetzung im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit	134
3. Kompetenzen zur Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der Europäischen Union	135
II. Bußgeldkompetenz der Europäischen Union aufgrund primärrechtlicher Regelungen	137
1. Europäisches Kartellrecht	137

2. Die vom Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz zu verhängenden Geldbußen	140
3. Weitergehende Bußgeldkompetenzen	140
III. Kompetenz zur Einführung und Verhängung sonstiger repressiver Verwaltungsanktionen	140
1. Strafbzuschläge und Kautionsverfall	141
2. Subventionskürzungen, Abzüge und Subventionssperren	142
3. Allgemeiner Teil für ein Europäisches Verwaltungsanktionenrecht	142
IV. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung der Verletzung des Unions- bzw. Gemeinschaftsrechts	143
1. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Sanktionsnormen ...	143
2. Inhalt der Richtlinien und Verordnungen, die zum Erlass von Strafnormen verpflichten	145
V. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen Strafrechtsordnungen (Assimilierungsprinzip)	147
1. Verweisungsnormen im primären Gemeinschaftsrecht	147
2. Verweisungsnormen im sekundären Gemeinschaftsrecht	147
3. Ausdehnung des Schutzes nationaler Vorschriften auf Rechtsgüter der Europäischen Union	148
VI. Bedeutung der Grundsätze des Unionsrechts für das nationale Strafrecht, Anwendungsvorrang und EuGH-Judikatur	148
1. Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit (Art. 6 EUV; Präambel GR-Charta)	149
2. Unionsrechtliche Grundsätze und ihre Auswirkungen auf die Anwendung nationalen Strafrechts	155
3. Grundfreiheiten und ihre Auswirkungen auf die Anwendung nationalen Strafrechts	157
4. Unmittelbare Wirkungen von Richtlinien auf das Strafrecht	160
5. Einschränkung von unions- und gemeinschaftsrechtlichen Gewährleistungen bei Missbrauch	161
6. Scheinkollisionen des nationalen Strafrechts mit dem Unionsrecht („Berlusconi-Entscheidung“)	164
7. Auswirkungen der EuGH-Judikatur auf strafrechtliche und steuerrechtliche Fragen	165
VII. Unions- und gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	174
1. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des gesamten nationalen Rechts	174
2. Unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Strafrechts	175
VIII. Anwendung nationaler und europäischer Grundrechtsstandards	176
IX. Ausweitung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße gegen das Unions- und Gemeinschaftsrecht durch Blankettstrafgesetze ...	179
C. Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Haushalts der Europäischen Gemeinschaft	179
I. Strafrechtlicher Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Union	180
1. Schutz der Gemeinschafts-/Unionseinnahmen	180
2. Schutz der Gemeinschafts-/Unionsausgaben	182
3. Zuständigkeit für die Verfolgung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des EG/EU-Haushalts	184
II. Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften/Union durch Verwaltungsanktionen und Kontrollmaßnahmen der Kommission .	189
1. Verordnung Nr. 2988/95 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	189
2. Verordnung Nr. 2185/96 des Rates vom 11.11.1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten	190

Inhaltsverzeichnis

D. Europäische Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU – Bedeutung der ehemaligen „dritten Säule“	191
I. Internationale Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen der Konsultationsgruppen TREVI	191
1. Arbeitsgruppen TREVI	191
2. Bedeutung der Arbeitsgruppen TREVI für die intergouvernementale Zusammenarbeit	192
II. Zusammenarbeit im Rahmen der Schengener Abkommen	193
1. Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 14.6.1985	193
2. Durchführungsübereinkommen vom 19.6.1990 zum Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den ge- meinsamen Grenzen (SDÜ)	193
3. Vergemeinschaftung des Schengenbesitzstandes	194
4. Prümmer Vertrag (Schengen III) und Wiedereinführung von Kontrollen	195
III. Internationale Kooperation im Rahmen der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	195
1. Einbindung der Kriminalitätsbekämpfung in die „dritte Säule“	195
2. Europäisches Polizeiamt (Europol)	196
3. Eurojust	198
4. Europäisches Justitielles Netz (EJN)	199
E. Beteiligung des EuGH bei der Anwendung des europarechtlich determinierten Straf- und Strafverfahrensrechts	200
I. Rechtsschutz durch den EuGH zur Sicherstellung der Vorgaben des Unions- und Gemeinschaftsrechts	200
II. Rechtsschutz durch den EuGH im intergouvernementalen Bereich	201
F. Ausblick	201
I. Bereichsspezifische Harmonisierung des Strafrechts	202
1. Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des Wirtschaftsstrafrechts	202
2. Angleichung des Umweltstrafrechts	203
3. Vorgeschlagene Angleichung im Datenschutzrecht	204
II. Strafrechtlicher Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Ge- meinschaften und Einführung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	205
1. Konzept für eine Gesamtstrategie zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften	205
2. Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union	207
3. Entschließung des Europäischen Parlaments vom 19. April 2012 zur Forderung nach konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung	208
4. Vorschlag der Kommission zur schnellen Reaktion auf den Mehrwertsteuer- betrug	208
5. Richtlinienvorschlag der Kommission über die strafrechtliche Bekämpfung von gegen die finanziellen Interessen der EU gerichtetem Betrug	208
6. Geplante Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft	209
III. Vorschläge zur Ausgestaltung eines Europäischen Wirtschaftsstrafrechts	212
IV. Europäisches Modellstrafgesetz	213
V. Annäherung der nationalen Strafrechtsordnungen unter Berücksichtigung der Vorgaben internationaler Organisationen	214
 3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung auslandsbezogener Wirtschaftsstraftaten – <i>(Möhrenschlager)</i>	
I. Einleitung	218
II. Die Einbeziehung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter in das deutsche Strafrecht	219

1. Wirtschaftsstraftaten, auf die „allgemeine“ Straftatbestände anwendbar sind	219
2. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter durch „autonome“ Entscheidung des Gesetzgebers ..	226
3. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften/ Union oder sonst aufgrund völkerrechtlicher Verträge	232
III. Die Erfassung von grenzüberschreitenden und im Ausland begangenen Wirtschaftsstraftaten nach dem inter(trans)nationalen Strafanwendungsrecht	239
1. Reichweite des Territorialitätsprinzips	239
2. Aktives und passives Nationalitätsprinzip – Schutzprinzip	249
3. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege	251
4. Universalitätsprinzip	252

Wirtschaftsstrafrecht

4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts

(Raum)

A. Zurechnung strafrechtlicher Pflichten	257
I. Strafrechtliche Haftung beim Handeln für Unternehmen	257
1. Straftaten mit personalem Einschlag	258
2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen	258
3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB	259
4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	264
5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten	265
II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen	265
1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung	266
2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans	267
3. Delegation an Mitarbeiter	269
4. Vorsatzanforderungen	270
5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten	270
6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien	271
III. Begehensformen bei strafbarem Handeln in Unternehmensstrukturen ...	273
1. Organisationsdelikte	273
2. Beteiligung bei Sonderdelikten	276
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben	277
1. Untreue	277
2. Untreuevorsatz	280
3. Betrug	281
B. Spezifische Pflichten im Zusammenhang mit der Leitung von Unternehmen – Managerkriminalität	283
I. Strafrechtlich relevante Pflichtenstellungen	284
1. Interne Pflichten	284
2. Pflichten gegenüber dem Staat	296
II. Umfang strafrechtlicher Verantwortung	302
1. Einstandspflicht für die Straftaten anderer Betriebsangehöriger	302
2. Übertragene Garantstellung – Compliance	303
C. Strafzumessung in Wirtschaftsstrafsachen	303
I. Schadensumfang	304
1. Schätzung	305
2. Schadenskausalität	307

Inhaltsverzeichnis

3. Schadensbewertung	308
4. Kompensationsverbot und Schuldumfang	312
5. Umsatzsteuerkarusselle	313
6. Schuldumfang bei anderen Vermögensdelikten	314
7. Zeitmoment als Strafzumessungsfaktor	320
8. Orientierungsgrenzen bei der Strafzumessung in Steuersachen	322
II. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe	322
III. Täter-Opfer-Ausgleich	323
IV. Sicherungsverwahrung bei Wirtschaftsstraftätern	323
V. Sanktionen gegen juristische Personen (§ 30 OWiG)	324
1. Handeln als Vertreter oder Verantwortlicher	324
2. Anknüpfungstat	324
3. Ahndung	325
4. Verfahrensrechtlicher Zusammenhang zwischen Strafverfolgung und Festsetzung der Verbandsgeldbuße	326

5. Kapitel. Compliance

(Knierim)

A. Compliance – materielles Recht	328
I. Einführung	328
1. Grundlagen	328
2. Begriffe	330
3. Bedeutung aus wirtschaftsrechtlicher Sicht	334
II. Gesetzliche Grundlagen	337
1. Leitungsverantwortung und Delegation	337
2. Gesetzliche Einzelpflichten	342
3. Straf- und bußgeldrechtliche Compliance	345
4. Selbstverpflichtungen	350
5. Vermeidung von zivilrechtlicher Haftung	351
B. Management der Compliance-Aufgaben	354
I. Pflichtenkreis	354
1. Pflicht zur Organisation	354
2. Pflicht zum Krisenmanagement	355
II. Ausgestaltung des Compliance-Managements	356
1. Business-Practice-Grundsätze	356
2. Risikoanalyse	357
3. Grundsätze und Maßnahmen	357
4. Notfallplanung, Krisenmanagement	358
III. Aufklärungsmaßnahmen	358
1. Einführung	358
2. Strafrechtliche Aufklärungspflicht	359
3. Kartellrechtliche Abwägungen	362
4. Grenzen der Aufklärung	363
5. Datenschutzrechtliche Vorgaben	364

6. Kapitel. Geldwäsche

(Schnabl)

Vorbemerkung	370
1. Der Tatbestand der Geldwäsche nach § 261 StGB	371
2. Das Geldwäschegesetz	377
3. Formen der Geldwäsche	378
4. Die Pflichten nach dem GwG	381
5. Der Ablauf des Clearingverfahrens	387
6. Schwierigkeiten bei der Umsetzung in der Praxis	391

7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität (Wimmer)

1. Einleitung	395
2. Einzelne Fallkonstellationen	396
a) Abfallen/Abmahnanwälte	396
b) Tachomanipulation	400
c) Kontoeröffnungsbetrug	403
d) Subventionsbetrug	404
3. Fazit / Ausblick auf neue Erscheinungsformen der organisierten Wirtschaftskriminalität („Sekundärmarkt“ von Lebensversicherungen)	405

8. Kapitel. Insolvenz – Materiellrechtlicher Teil (Beck)

A. Einführung	413
I. Volkswirtschaftliche Dimensionen der Insolvenzen	413
II. Zur Insolvenzordnung	415
1. Reformentwicklung	415
2. Zielsetzung und Schwerpunkte der InsO	417
III. Insolvenzziele und Umsetzungsalternativen	419
1. Allgemeines	419
2. Die Regelinsolvenz	420
3. Der Insolvenzplan	423
4. Die Eigenverwaltung	426
5. Verbraucherinsolvenz- und sonstige Kleinverfahren	429
6. Exkurs: Die Restschuldbefreiung	431
IV. Insolvenzrecht und Strafrecht	434
1. Insolvenzstrafrecht im Spiegel der Statistik	434
2. Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform auf das Strafrecht	438
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB	439
B. Insolvenzrechtliche Grundlagen	440
I. Insolvenzauslöser	440
1. Grundsatz	440
2. Zahlungsunfähigkeit	440
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	448
4. Überschuldung	451
II. Insolvenzantragspflicht	460
1. Grundsatz	460
2. Rechtsformneutrale Antragspflicht des § 15a InsO	460
3. Folgen der Pflichtverstöße	462
III. Gerichtliche Sofortmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	463
1. Der Maßnahmenkatalog im Überblick	463
2. Sachverständigengutachten	463
3. Sicherungsmaßnahmen	463
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	464
5. Rechtsstellung des (vorläufigen) Sachwalters	466
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts	466
1. Eröffnung des Verfahrens	466
2. Abweisung mangels Masse und ihre Folgen	467
3. Bindungswirkung für das Strafrecht	468

9. Kapitel. Insolvenz – Strafrechtlicher Teil (Pelz)

A. „Klassisches“ Insolvenzstrafrecht	474
I. Allgemeines	474
1. Vorbemerkung	474

2. Die gesetzlichen Grundlagen	474
3. Täterkreis	475
II. Insolvenzverschleppung	476
1. Allgemeines	476
2. Objektiver Tatbestand	478
III. Bankrott	491
1. Allgemeines	491
2. Einzelne Tatbestände des § 283 StGB	498
3. Verhältnis zu Untreue	510
4. Subjektiver Tatbestand; Versuch	511
IV. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	513
V. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	514
1. Gläubigerbegünstigung	514
2. Schuldnerbegünstigung	517
VI. Betrug (Lieferantenbetrug)	520
1. Allgemeines	520
2. Täuschungshandlung	521
3. Irrtum	522
4. Vermögensschaden	522
5. Vollendung	523
6. Täterschaft	523
VII. Untreue	524
1. Allgemeines	524
2. Typische Untreuehandlungen	524
3. Einverständnis und Weisungen der Gesellschafter	526
4. Sonderfragen	527
VIII. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	528
1. Der Arbeitgeber als Verantwortlicher	528
2. Der Sozialversicherungsbeitrag als Tatgegenstand	529
3. Das Vorenthalten als Tathandlung	530
4. Subjektiver Tatbestand	534
5. Strafe und Nebenfolge	535
6. Strafbefreiende Selbstanzeige	535
7. Konkurrenzen	535
8. Notwendiger Inhalt von Anklage und Urteil	537
IX. Sonstige Insolvenzstraftaten i. w. S.	538
1. Falsche Versicherung an Eides statt	538
2. Unterschlagung	538
3. Kreditbetrug; Wechsel- und Scheckbetrug	539
4. Steuerstraftaten	540
B. Strafrechtliche Besonderheiten	540
I. Der faktische Geschäftsführer	540
1. Bestimmung des faktisch Verantwortlichen	540
2. Strafbarkeit wegen Insolvenzverschleppung	543
3. Strafbarkeit wegen Bankrotts	544
4. Untreuehandlungen	544
5. Sonstige Straftaten	545
II. Spezielle kriminelle Machenschaften	545
1. Die geplante und gesteuerte Insolvenz	545
2. Kriminelle Firmensanierer	546
C. Straftaten nach Insolvenzantrag	549
I. Im Eröffnungsverfahren	549
II. Nach Insolvenzeröffnung	550
1. Der Schuldner als Täter	550
2. Der (bisherige) Geschäftsführer als Täter	551
3. Der Insolvenzverwalter als Täter	552

III. Nach Ablehnung mangels Masse	556
1. Insolvenzstraftaten i. e. S.	556
2. Insolvenzstraftaten i. w. S.	557
D. Ermittlungen	557
I. Einleitung von Ermittlungen	557
II. Erste Ermittlungsschritte	558
1. Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei	558
2. Handelsregisterauskünfte und -akten	559
3. Auskünfte aus dem Gewereregister und Gewerbezentralregister	559
4. Anfragen beim Vollstreckungsgericht	560
5. Gerichtsvollzieherauskünfte	561
6. Auswertung der Akten des Insolvenzgerichts	561
7. Kontaktaufnahme zum Gutachter oder Insolvenzverwalter	564
8. Anfragen bei sonstigen Stellen	565
III. Weitere Ermittlungen	566
1. Durchsuchung, Beschlagnahme und Ähnliches	566
2. Zeugenanhörung und -vernehmung; Umfeldermittlungen	570
3. Auswertung der Unterlagen; Umfang weiterer Ermittlungen	571
4. Strafverfahren und Insolvenzanfechtung	571
5. Verletzeneigenschaft des Insolvenzverwalters	572
E. ABC des „klassischen Verteidigungsvorbringens“	572

10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich

(Knierim)

A. Bank- und Finanzwesen	582
I. Bankengruppen in Deutschland	582
1. Überblick	582
2. Rechtlicher Rahmen	585
II. Bankinterne Organisation und Kontrolle	592
1. Grundschemata der Organisation	592
2. Innenrevision der Banken	592
3. Geldwäschebeauftragte	593
4. Compliance-Organisation	593
5. Verstöße gegen die Organisations-, Aufsichts- und Anzeigepflichten ..	593
III. Bankexterne Sicherung und Kontrolle	594
1. Prüfungseinrichtungen der Banken und Bankgruppen	594
2. Aufsicht durch die BAFin	594
3. Schutzverbände für Kreditsicherung	595
IV. Strafprozessuale Besonderheiten	595
1. Allgemeines	595
2. Sachliche Beweismittel	595
3. Effektive Kontenauswertung	599
4. Bankgeheimnis im Strafverfahren	599
5. Mitteilungen und Auskünfte des BAFin	600
6. Auskunft und Zeugenvernehmung	601
7. Entschädigung für Ermittlungsmaßnahmen	601
B. Geld- und Zahlungsverkehr	602
I. Kassengeschäfte	602
1. Bargeldgeschäfte	602
2. Edelmetall-, Wertpapier- und Devisengeschäfte	602
3. Geld und Zahlungsmitteln im Strafrecht	602
II. Nationaler Zahlungsverkehr und Kontoführung	606
1. Konten und Kontoverfügungen	606
2. Überweisungen	609
3. Lastschriftverfahren	612
III. Scheck- und Kreditkarten	614

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung, Übersicht	614
2. Missbräuchliche Erlangung einer Kreditkarte	615
3. Missbräuchliche Verwendung der Kreditkarte	615
IV. Scheck und Wechsel	616
1. Einführung	616
2. Betrugstatbestand	616
3. Untreue durch Tolerierung einer Scheck- oder Wechselreiterei	619
V. Internationaler Zahlungsverkehr	619
1. Bedeutung des internationalen Zahlungsverkehrs	619
2. Missbrauch des Auslandszahlungsverkehrs	619
C. Kreditgeschäfte der Banken	622
I. Allgemeines	622
1. Kreditbegriff, Kreditarten und Kreditrisiko	622
2. Kreditsicherheiten	626
3. Irreführende Kreditanpreisung	628
II. Manipulationen zur Erlangung eines Kredites	628
1. Kreditbetrug gem. § 265b StGB	629
2. Betrug gem. § 263 StGB	632
3. Sonstige Straftaten des Kunden	635
III. Missbräuchliche Kreditgewährung	635
1. Motivlage von Bankenmitarbeitern	635
2. Kompetenzregelungen für die Kreditvergabe	636
3. Manipulations- oder Verschleierungshandlungen	637
4. Weitere pflichtwidrige Handlungen	638
5. Einwilligung in die Kreditvergabe	642
6. Schadensberechnung bei der Untreue	642
7. Kausalität und Zurechnung	645
8. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen	645
9. Versuch, Vollendung, Beendigung	646
IV. Kredite in Kundenkrise und Insolvenz	646
1. Verhalten der Bank in der Kundenkrise	646
2. Missbräuchliche Ausübung der Bankenmacht	647
V. Besondere Finanzierungen	649
1. Subventionskredit	649
2. Verbraucherkredite	650
3. Kreditvermittler, Kreditwucher	651
4. Factoring	652
D. Bankspezifische Strafnormen	653
1. Einführung	653
2. Unerlaubte Bankgeschäfte, § 54 KWG	658
3. Strafbarkeit von Bankvorständen, § 54a KWG n.F.	661
4. Insolvenz von Finanzinstituten, § 55 KWG	661
5. Unbefugte Offenbarung §§ 55a-55b KWG	662
6. Ordnungswidrigkeiten, §§ 56, 59 KWG	663
7. Depotunterschlagung und falsche Depotanzeigen	664
8. Strafrechtliche Bestimmungen des Kapitalanlagegesetzbuchs (KAGB) ..	666
9. Ungedechte Pfandbriefemissionen	667
10. Straftaten nach dem InvG	668
11. Straftaten nach dem ZAG	670
11. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und gesellschaftsrechtlichen Pflichten	
<i>(Raum)</i>	
Allgemeines	674
I. Straftaten im Zusammenhang mit Falschangaben über die Kapitalgesellschaft	675
1. Gründungsschwindel nach § 399 Abs. 1 Nr. 1, 2 AktG	675

2. Falsche Angaben in der öffentlichen Ankündigung nach § 399 Abs. 1 Nr. 3 AktG	677
3. Kapitalerhöhungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 4 AktG)	678
4. Abwicklungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 5 AktG)	678
5. Täuschung über persönliche Voraussetzungen (§ 399 Abs. 1 Nr. 6 AktG)	679
6. Wahrheitswidrige Erklärungen (§ 399 Abs. 2 AktG)	679
7. Strafbare Falschangaben bei der GmbH (§ 82 GmbHG)	679
8. Falschangaben bei der Genossenschaft (§ 147 Abs. 1 GenG)	681
9. Falschangaben im Rahmen der Umwandlung (§§ 313 Abs. 2, 314a UmwG)	682
10. Vorsatz und Irrtum	682
II. Bilanzdelikte	683
1. Unrichtige Darstellung (§ 331 HGB)	684
2. Verletzung der Berichtspflicht (§ 332 HGB)	687
3. Spezialgesetzliche Tatbestände	689
III. Falsche Ausstellung von Berechtigungsscheinen (§ 402 AktG)	691
IV. Strafbewehrte gesellschaftsrechtliche Pflichten im Zusammenhang mit Verlusten der Gesellschaft (§ 401 AktG; § 84 GmbHG; 148 GenG)	693
1. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 401 AktG)	693
2. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 148 GenG)	694
3. Verletzung der Verlustanzeigespflicht (§ 84 GmbHG)	694
V. Verletzung von Geheimhaltungspflichten	694

12. Kapitel. Korruption

(Bannenberg)

I. Allgemeines	700
1. Phänomen Korruption	700
2. Weiter Korruptionsbegriff	702
3. Strafrechtlicher Korruptionsbegriff	703
4. Korruptionsstrukturen in Deutschland und empirische Erkenntnisse	703
5. Deutschland im internationalen Vergleich	708
6. Statistik – Verbreitung der Korruption	710
7. Dunkelfeld	715
8. Schädlichkeit der Korruption	717
9. Öffentliches Dienstrecht und Folgen von Dienstpflichtverletzungen	719
10. Korruptionsprävention in Bund und den Ländern	720
11. Compliance – Korruptionsprävention in der Wirtschaft	724
II. Materielles Strafrecht	726
1. Überblick	726
2. Bestechungsdelikte (§§ 331–335 StGB)	729
3. Angestelltenbestechung (§§ 299, 300 StGB)	747
4. Internationale Korruption und deutsches Strafrecht	749
5. Untreue (§ 266 StGB)	751
6. Politische Korruption und Abgeordnetenbestechung (§ 108e StGB)	757
7. Steuerhinterziehung	758
8. Korruption und Sport	759
9. Die Auswirkungen des amerikanischen Strafrechts auf deutsche Unternehmen	764
10. UK Bribery Act	766
III. Ermittlungen bei Korruptionsdelikten	766
1. Notwendige Spezialisierung der Strafverfolgung	766
2. Anzeigepflicht und Hinweisgeber („Whistleblowing“)	767
3. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	768
4. Vorschläge zur Intensivierung der Strafverfolgung gegen Korruption	769
5. Untersuchungshaft	772

6. Telefonüberwachung und Wohnraumüberwachung	772
7. Vertraulichkeitszusage	772
IV. Ausblick	773
13. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen	
<i>(Hilgendorf)</i>	
I. Kriminalitätsprävention im Gesundheitswesen	777
II. Der Abrechnungsbetrug	779
1. Das legale Abrechnungssystem des Vertragsarztes	779
2. Das System der Leistungsziffern	780
3. Die Krankenhausbehandlung	781
4. Die Typologie der Täuschungshandlungen	781
5. Strafrechtliche Bewertung	785
6. Die Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen	786
7. Stelle nach § 81a SGB V u. a.	789
8. Die Unterstützung durch die Krankenkassen	790
9. Abrechnungsm Manipulationen beim Privatpatienten	790
10. Das rechtswidrige Abbedingen der Regelsätze der ärztlichen Gebührenordnung	794
11. Besonderheiten im Ermittlungsverfahren	795
III. Der Zahnarzt- und Dentalbereich	799
1. Zahnersatzleistungen	799
2. Einbehalten von Altzahngold	801
3. Vereinbarung von Nachlässen	801
4. Betrug z. N. der Zusatzversicherung	801
IV. Straftaten im Pharmazie- und Rezeptbereich	801
1. Rezeptabrechnung der Apotheken	801
2. Der Wareneinkauf per Rezept	802
3. Die Sprechstundenbedarfsrezepte	803
4. Beteiligung am Rezeptumsatz	803
5. Exkurs: Korruption im Gesundheitswesen	804
6. Betrug mit reimportierten Arzneimitteln	804
7. Die unrichtige Verordnung von Arzneimitteln	805
8. Abgabe von Klinikpackungen	805
9. Ermittlungshinweise	805
V. Heil- und Hilfsmittel	805
1. Der kostenlose Saunabesuch	805
2. Die Anschlussheilbehandlung und die „Kur“	806
3. Die „Kaffeefahrt“	806
4. Unrichtige Abgabe von Heil- und Hilfsmitteln	807
5. Häusliche Pflegedienste	807
VI. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	807
1. Die Abgabe von Tierarzneimitteln durch den Tierarzt	807
2. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	808
3. Strafrechtliche Bewertung	809
4. Ermittlungshinweise	810
Anhang: Erklärung des Vertragsarztes bei Quartalsabrechnung	811

14. Kapitel. Computer- und Internetkriminalität

(Bär)

A. Einleitung und Begriff der Computer- und Internetkriminalität	818
I. Entwicklungen zur Informationsgesellschaft	818
II. Begriff der Computer- und Internetkriminalität und Überblick	820
1. Begriff der Computer- und Internetkriminalität	820
2. Überblick zu Deliktsformen	821

B. Einzelne Deliktformen	822
I. Computerbetrug (§ 263a StGB)	822
1. Tatobjekt: Daten und Datenverarbeitungsvorgang	824
2. Unrichtige Programmgestaltung (1. Alternative)	825
3. Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Daten (2. Alternative)	826
4. Unbefugte Verwendung von Daten (3. Alternative)	827
5. Unbefugte Einwirkung auf Ablauf (4. Alternative)	833
6. Beeinflussung des Ergebnisses eines Datenverarbeitungsvorgangs	833
7. Vermögensschaden	834
8. Subjektiver Tatbestand	834
9. Verweisung auf § 263 Abs. 2 bis 7 (Abs. 2)	835
10. Vorbereitungshandlungen (Abs. 3)	835
11. Tätige Reue (Abs. 4) und Konkurrenzen	836
12. Probleme des Tatnachweises	837
II. Elektronische Urkundendelikte (§§ 269, 270, 274 StGB)	837
1. Inhalte und einzelne Tatbestände	837
2. Fälschung beweis erheblicher Daten (§§ 269, 270 StGB)	839
3. Unterdrückung beweis erheblicher Daten (§ 274 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	844
4. Probleme des Tatnachweises	845
III. Beeinträchtigungen der „Datenintimität“ (§ 202a – § 202c StGB)	845
1. Ausspähen von Daten (§ 202a StGB)	846
2. Abfangen von Daten (§ 202b StGB)	853
3. Vorbereitungen zum Ausspähen und Abfangen von Daten (§ 202c StGB)	855
4. Probleme des Tatnachweises	858
IV. Datenveränderung und Computersabotage (§§ 303a, 303b StGB)	858
1. Computerviren und andere Sabotageprogramme	860
2. Datenveränderung (§ 303a StGB)	862
3. Computersabotage (§ 303b StGB)	868
V. Illegale Nutzung von Programmen (§§ 106 ff. UrhG)	875
1. Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke (§ 106 UrhG)	877
2. Strafbare Eingriff in fremde Schutzrechte und technische Schutzmaßnahmen (§ 108 und § 108b UrhG)	884
3. Probleme des Tatnachweises	884
VI. Persönlichkeitsverletzungen	885
VII. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	886
1. Tatbestand und Rechtsgut	886
2. Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse als Tatobjekt	887
3. Tathandlungen des § 17 UWG	887
4. Subjektiver Tatbestand, Konkurrenzen	889
5. Probleme des Tatnachweises	890
C. Straftaten im Internet	891
I. Allgemeine Fragen und beispielhafte Verfahren	891
1. Entwicklung der Verfahren	891
2. Abgrenzung von Telemedien, Telekommunikation und Rundfunk	893
3. Beteiligte Personen und Verantwortlichkeit	894
4. Bedeutung der Verantwortlichkeitsregeln für das Strafrecht	895
II. Verantwortlichkeit der einzelnen Beteiligten	895
1. Verantwortlichkeit der Anbieter	895
2. Verantwortlichkeit der Provider	896
3. Verantwortlichkeit der Nutzer	900
III. Verantwortlichkeit für Hyperlink	902
IV. Probleme des Tatnachweises	904
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	904
2. Rückverfolgung von Straftätern	906
D. Zusammenfassung und Ausblick	907

15. Kapitel. Schutz von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (Möhrenschlager)

I. Einleitung	911
II. Schutz im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	912
1. Geheimnisverrat (§ 17 Abs. 1 UWG)	912
2. Geschäfts-/Betriebsspionage (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG)	923
3. Geheimnishehlerei (§ 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG)	925
4. Sanktionen (auch bei besonders schweren Fällen) und sonstige Rechtsfolgen	928
5. Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG)	929
6. Versuch und Vorbereitungshandlungen	930
7. Voraussetzungen der Verfolgung von auslandsbezogenen Verstößen	931
8. Strafverfolgungsvoraussetzungen (§ 17 Abs. 5, § 18 Abs. 3, § 19 Abs. 4 UWG)	932
III. Schutz durch andere strafrechtliche Regelungen	933
1. Gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsrechtliche Strafvorschriften	934
2. Strafvorschriften zum Schutze von Privat- und Dienstgeheimnissen	937
3. Staatsschutzstrafrecht	938
IV. Hinweise zu präventiven Maßnahmen	939
1. Personelle und rechtliche Schutzmaßnahmen	941
2. Organisatorische und technische Sicherungsmaßnahmen	943

16. Kapitel. Strafbare Werbung (Solf)

I. Werbung als Instrument der Wirtschaftskriminalität	946
II. Schwindel mit Arbeitsplätzen und Nebenverdienst	947
1. Vorgetäushtes Anstellungsverhältnis	947
2. Heimarbeitsschwindel	948
3. Attraktive Auslandsjobs	949
4. Bauernfängerei mit Servicenummern	949
III. Dubiose Chiffreanzeigen	950
IV. Kredite für jedermann	951
V. Sammlungen zu angeblich sozialen Zwecken	952
VI. Missstände bei der Haustürwerbung	953
1. Kein generelles Verbot	953
2. Schwindel beim Zeitschriftenvertrieb	953
3. Strafbarkeitsvoraussetzungen	954
4. Erforderliche Sachverhaltsfeststellungen	955
5. Selbsthilfemaßnahmen der Wirtschaft	956
VII. Bauernfängerei mit Kaffeefahrten	956
1. Als Ausflug getarnte Verkaufsveranstaltungen	956
2. Rechtliche Beurteilung	957
3. Widerrufsrecht auch bei Fahrten über die Grenze	958
4. Vergleichbare Missstände bei anderen Verkaufsveranstaltungen	958
VIII. Werbung mit Mondpreisen	958
1. Vorgetäuschte Preisreduzierungen	958
2. Beweisprobleme bei der Rechtsverfolgung	959
IX. Manipulierte Räumungsverkäufe	960
1. Beliebtes Lockmittel zur Umsatzsteigerung	960
2. Organisierter Schwindel durch professionelle Täter	961
3. Defizite bei der Strafverfolgung	962
X. Orientteppichschwindel	963
1. Der Zwangsvollstreckungsrick	963
2. Verwertung sicherungsübereigneter oder verpfändeter Teppiche	964
3. Schwindel mit Wanderlagern	965

4. Misstände bei Räumungsverkäufen	966
XI. Heil- und Arzneimittelschwindel	966
1. Straftaten im Reisegewerbe	966
2. Publikumswerbung	967
XII. Progressive Kundenwerbung	968
XIII. Kettenbriefe und Pyramidenspiele	969
1. Kettenbriefaktionen	970
2. Pyramidenspiele	971
XIV. Anzeigen- und Adressbuchschwindel	972
1. Versand fingierter Rechnungen	972
2. Sonstige Schwindelmethoden	973
3. Möglichkeiten des Zivilrechts	974
4. Gegenmaßnahmen der Wirtschaft	975
5. Strafrechtliche Beurteilung	975
XV. Geldmacherei mit Abmahnungen	977
1. Viel Ertrag mit wenig Aufwand	977
2. Abmahnvereine	978
3. Abmahnungen durch Pseudo-Wettbewerber	979
4. Strafrechtliche Beurteilung	979
XVI. Pressespezifische Besonderheiten	980
1. Strafprozessuale Aspekte	980
2. Verjährung	981

17. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie

(Möller)

I. Einleitung	983
II. Die Definition von Produkt- und Markenpiraterie	983
1. Statistisches Datenmaterial	984
2. Tätergruppen und Vertriebswege	986
III. Gesetzeslage	987
1. Produktpirateriegesetz	987
2. Kurzübersicht und -definition der gewerblichen Schutzrechte	989
3. Markenrechtliche Straftatbestände	990
4. Strafrechtliche Einziehung/Adhäsionsverfahren, § 143 Abs. 5 MarkenG	993
5. Weitere mögliche Straftatbestände	993
IV. Ermittlungsprobleme bzw. typische Problemstellungen der strafrechtlichen Verfolgung	995
1. Supranationale und bundesdeutsche Sicherstellungsregelungen	995
2. Staatsanwaltschaft	996
3. Verwertung sichergestellter Fälschungsware	999
V. Spezifische Urheberrechtsprobleme	999
VI. Die privatrechtliche Situation bei Produkt- und Markenpiraterieverletzungen	1001
VII. Präventionsmöglichkeiten	1002
VIII. Gegenmaßnahmen der deutschen Wirtschaft	1002
IX. Wichtige Kontaktadressen	1003
X. Schutzrechte im Überblick	1004

18. Kapitel. Kartellstraf- und -ordnungswidrigkeitenrecht

(Dannecker/N. Müller)

A. Schutz des freien Wettbewerbs durch straf- und bußgeldrechtliche Sanktionsvorschriften	1019
I. Schutz des Wettbewerbs	1019
II. Überblick über die Wettbewerbs- und Sanktionsvorschriften	1020
1. Wettbewerbsvorschriften	1020

Inhaltsverzeichnis

2. Sanktionsvorschriften	1022
B. Strafbare Submissionsabsprachen	1023
I. Die durch Submissionsabsprachen verursachten Schäden	1023
II. Erscheinungsformen der Wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen	1024
1. Absprachen zwischen Marktteilnehmern auf überschaubaren Märkten ..	1025
2. Submissionsabsprachen und Korruption	1025
3. Nutzung des Nachverhandlungsverbots und Erteilung von Komplett- aufträgen	1025
III. Strafbarkeit von Submissionsabsprachen als Betrug	1026
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs bis zum Jahre 1992	1026
2. Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in den „Rhein- ausbau“-Entscheidungen	1026
IV. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	1031
1. Geschütztes Rechtsgut und Ausgestaltung des (§ 298 StGB als abstraktes Gefährungsdelikt	1032
2. Ausschreibungen über Waren oder gewerbliche Leistungen	1033
3. Abgabe eines Angebots	1034
4. Angaben über Waren oder gewerbliche Leistungen	1034
5. Rechtswidrige Absprache	1034
6. Veranlassen eines bestimmten Angebots als Ziel der Absprache	1037
7. Vorsatz	1038
8. Steuerliche Abzugsfähigkeit	1038
9. Tätige Reue	1038
10. Verjährung	1038
11. Konkurrenzen	1039
V. Submissionsabsprachen als Kartellordnungswidrigkeiten	1039
VI. Verfahrensrecht	1040
1. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft und der Wirtschaftsstrafkammer ..	1040
2. Zuständigkeit für die Verhängung von Unternehmenssanktionen	1040
C. Nationales Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1041
I. Neuregelung durch die siebente Kartellrechtsnovelle	1042
II. Neuregelung durch die Preismissbrauchsnovelle	1042
III. Neuregelung durch das Gesetz zur Errichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas	1042
IV. Neuregelungen durch die achte Kartellrechtsnovelle	1043
V. Regelungen und Systematik des GWB	1044
1. Normadressaten	1044
2. Materiellrechtliche Regelungen über Wettbewerbsbeschränkungen ..	1044
3. Zivil- und verwaltungsrechtliche Sanktionen	1045
4. Fusionskontrolle	1045
5. Markttransparenzstellen für den Großhandel mit Strom und Gas und für Kraftstoffe	1046
6. Kartellbehörden und Verfahrensvorschriften einschließlich Bußgeldvor- schriften	1046
VI. Bußgeldrecht und Systematik der Kartellordnungswidrigkeiten	1046
1. Neuerungen durch die siebente GWB-Novelle	1046
2. Neuerungen durch die achte GWB-Novelle	1047
3. Blankettgesetzcharakter: Erfordernis des Zusammenlesens von verwei- sendem und ausfüllendem Gesetz	1047
4. Struktur der Bußgeldnormen	1047
5. Schwerwiegende Zuwiderhandlungen gegen die materiellen Wettbe- werbsverbote	1048
6. Leichtere Zuwiderhandlungen	1049

VII. Bußgeldrechtliche Besonderheiten der Wettbewerbsverbote	1050
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach Art. 101 AEUV und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen nach Art. 102 AEUV	1050
2. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach § 1 GWB ..	1050
3. Umgehungsverbote	1054
4. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden oder marktstarken Stellung	1055
5. Verbotenes Verhalten für Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht	1058
6. Boykottverbot	1059
7. Aufnahmezwang	1060
VIII. Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle)	1060
1. Ziel der Zusammenschlusskontrolle	1060
2. Anwendungsbereich der Zusammenschlusskontrolle	1060
3. Anmeldepflicht von Zusammenschlüssen	1061
4. Fusionskontrollverfahren	1062
5. Bußgeldtatbestände	1063
IX. Normadressaten der Bußgeldvorschriften und Ahndung juristischer Personen	1064
1. Ahndbarkeit natürlicher Personen über die Zurechnung gemäß § 9 OWiG	1064
2. Ahndbarkeit natürlicher Personen wegen Aufsichtspflichtverletzung gemäß § 130 OWiG	1064
3. Ahndbarkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 30 OWiG	1065
X. Bußgeldbemessung und Eintragung in das Gewerbezentralregister	1067
1. Höchstmaß der Geldbuße	1067
2. Vorteilsabschöpfung	1067
3. Bußgeldbemessung bei natürlichen Personen	1068
4. Bußgeldbemessung bei juristischen Personen und Personenvereini- gungen	1069
5. Bonusregelung des Bundeskartellamts	1071
6. Eintragung in das Gewerbezentralregister	1075
D. Europäisches Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1075
I. Rechtsgrundlagen und Entstehungsgeschichte der wettbewerbsrechtlichen Bußgeldvorschriften	1075
II. Kartellrechtliche Verbotsnormen	1077
1. Verbot horizontaler und vertikaler Vereinbarungen und abgestimmter Verhaltensweisen (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	1077
2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV)	1082
III. Dogmatische Einordnung und Ausgestaltung der Bußgeldtatbestände	1083
1. Sonderdeliktscharakter und Ausgestaltung als Blankettgesetze	1083
2. Sanktionierung von Verfahrensverstößen und Verletzungen des materiellen Kartellrechts	1083
IV. Allgemeiner Teil des Kartellordnungswidrigkeitenrechts	1085
1. Adressaten der Bußgeldvorschriften	1085
2. Zurechnung des Verhaltens natürlicher Personen	1089
3. Vorsatz und Fahrlässigkeit	1090
4. Geltung strafrechtlicher Fundamentalgarantien	1090
V. Bußgeldbemessung	1092
1. Entwicklung der Sanktionspolitik bis zur Einführung der Leitlinien zur Bußgeldbemessung	1092
2. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr 1998	1092
3. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr 2006	1093

4. Mitteilung vom 14. Februar 2002 über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen – „Kronzeugenregelung“	1094
5. Vergleichsverfahren (Settlement)	1098
VI. Kartellverfahren auf Unionsebene	1100
1. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen des Verfahrens	1100
2. Einleitung und Ablauf des Verfahrens	1100
VII. Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof	1108
1. Grundsätzliche Klagemöglichkeiten	1108
2. Erweiterung der Nachprüfungsmöglichkeit durch Art. 261 AEUV	1109
VIII. Bußgeldtatbestände der Fusionskontroll-Verordnung	1110
1. Rechtsgrundlagen der Fusionskontrolle	1110
2. Anwendungsbereich der Fusionskontroll-Verordnung	1110
3. Fusionskontrollverfahren	1111
4. Bußgeldvorschriften der Fusionskontroll-Verordnung	1113
5. Rechtsmittel bei Bußgeldentscheidungen	1115
19. Kapitel. Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung	
<i>(Richtarsky/Teil H: Pflaum)</i>	
A. Das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	1121
I. Einführung	1121
1. Entstehungsgeschichte und Bedeutung	1121
2. Begriffsbestimmung	1122
II. Organisation der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	1122
1. Prüf- und Ermittlungsbehörden	1122
2. Prüfungsaufgaben	1123
3. Das Prüfungsverfahren der Zollverwaltung	1124
4. Ermittlungen der Zollverwaltung	1126
5. Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Datenverarbeitung	1127
III. Ordnungswidrigkeiten im SchwarzArbG	1128
1. Die Bußgeldtatbestände des § 8 Abs. 1 SchwarzArbG	1128
2. Die Bußgeldtatbestände des § 8 Abs. 2 SchwarzArbG	1129
3. Zuständige Verwaltungsbehörde	1129
IV. Straftatbestände im SchwarzArbG	1130
1. Erschleichen von Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienst- und Werkleistungen – § 9 SchwarzArbG	1130
2. Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen – § 10 SchwarzArbG	1130
3. Beschäftigung von Ausländern ohne Aufenthaltstitel, die Opfer von Menschenhandel sind – § 10a SchwarzArbG	1134
4. Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel in größerem Umfang oder von minderjährigen Ausländern – § 11 SchwarzArbG	1135
V. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und von Subventionen	1136
B. Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen	1137
I. Begehungsweisen	1137
1. „Klassische“ Schwarzarbeit	1137
2. Beschäftigung von Scheinselbstständigen	1138
3. Mindestlohnverstöße	1138
II. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt – § 266a StGB	1138
1. Grundlagen	1138
2. Anzuwendendes Recht – Entsendung nach Deutschland	1139
3. Tathandlung bei illegaler Beschäftigung	1142
4. Sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsarten	1144
5. Beitragsbemessung	1148
6. Feststellung der Bemessungsgrundlagen	1150

7. Tatbeendigung/Verjährung	1152
8. Konkurrenzen	1152
9. Rechtsfolgen	1153
10. Anforderungen an Anklage und Urteil	1154
11. Generalunternehmerhaftung	1154
C. Schwarzarbeit durch Empfänger von Sozialleistungen wegen Verletzung von Mitteilungspflichten gegenüber den Sozialleistungsträgern	1155
I. Pflichten des Empfängers von Sozialleistungen gegenüber dem Sozialleistungsträger	1155
II. Häufig erschlichene Leistungen	1155
1. Arbeitslosengeld I – §§ 136 ff. SGB III	1155
2. Arbeitslosengeld II – §§ 7 ff., 19 ff. SGB II	1156
III. Begehungsweisen	1156
1. Verletzung von Mitteilungspflichten durch den Leistungsbezieher	1156
2. Kollusives Zusammenwirken von Arbeitgeber und Leistungsbezieher ..	1157
IV. Verwirklichte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	1157
1. Straftaten	1157
2. Ordnungswidrigkeiten	1158
3. Aufdeckungsmethoden	1159
D. Illegale Ausländerbeschäftigung	1159
I. Aufenthaltsrecht und Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt	1159
1. Unionsbürger und Gleichgestellte	1160
2. Drittstaatsangehörige	1161
3. Asylbewerber und geduldete Ausländer	1163
II. Ausländerrechtliche Verstöße durch Aufnahme einer unerlaubten Beschäftigung	1163
1. Die Grundtatbestände des § 95 Abs. 1 AufenthG	1163
2. „Erschleichen“ von Aufenthaltstiteln – § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG ...	1166
3. Einschleusen von Ausländern – § 96 AufenthG	1167
III. Verstöße gegen das Arbeitsgenehmigungsrecht	1168
1. Allgemeines	1168
2. Straftaten im SchwarzArbG	1168
3. Ordnungswidrigkeiten im SGB III	1168
IV. Scheinselbstständigkeit von Staatsangehörigen der neuen EU-Mitgliedstaaten	1169
1. Niederlassungsfreiheit	1169
2. Abgrenzung selbstständige Tätigkeit – abhängige Beschäftigung	1170
3. Erscheinungsformen der Scheinselbstständigkeit	1170
4. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen der Scheinselbstständigkeit	1171
E. Illegale Beschäftigung im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassung	1172
I. Arbeitnehmerüberlassung und andere Formen drittbezogenen Personaleinsatzes	1172
1. Arbeitnehmerüberlassung	1172
2. Abgrenzung zu anderen Formen drittbezogenen Personaleinsatzes	1172
3. Werkvertrag und Arbeitnehmerüberlassung	1173
4. Selbstständiger Dienstvertrag	1175
5. Dienstverschaffungsvertrag	1175
6. Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung	1175
II. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	1176
1. Zielsetzung	1176
2. Anwendungsbereich	1176
3. Erlaubnispflicht	1179
4. Verbot der Arbeitnehmerüberlassung in Betriebe des Baugewerbes	1180
5. Fehlen der erforderlichen Erlaubnis – Unwirksamkeit der Vertragsverhältnisse (§ 9 Nr. 1 AÜG), Arbeitgeberfiktion (§ 10 AÜG)	1181
6. Strafrechtliche Folgen der Arbeitgeberfiktion	1182

Inhaltsverzeichnis

III. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten im AÜG	1183
1. Straftatbestände	1183
2. Ordnungswidrigkeiten	1185
F. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz	1187
I. Grundlagen	1187
1. Entwicklung und Zielsetzung	1187
2. Allgemeine Arbeitsbedingungen	1187
3. Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen	1188
4. Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche	1190
II. Pflichten und Rechtsfolgen	1190
1. Meldepflichten	1190
2. Gewährung von Mindestarbeitsbedingungen	1191
3. Abführung von Beiträgen an gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	1192
4. Aufzeichnungs-, Duldungs- und Mitwirkungspflichten	1194
5. Haftung und Ordnungswidrigkeiten des Generalunternehmers	1195
6. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen – § 21 AEntG	1196
G. Entsendekriminalität am Beispiel des Werkvertragsverfahrens	1196
I. Grundlung der Entsendung im Werkvertragsverfahren	1196
II. Missbräuchliche Entsendung – Interessenlage der Beteiligten	1196
III. Das Zulassungsverfahren	1198
IV. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten bei Entsendekriminalität	1198
1. Erschleichen von Aufenthaltstiteln – § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG	1198
2. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1199
3. Lohnwucher – § 291 StGB, Mindestlohnunterschreitung – § 23 Abs. 1 Nr. 1 AEntG	1200
4. Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft – § 233 StGB	1202
5. Betrug zum Nachteil der Urlaubskasse (ULAK)	1203
6. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt – § 266a StGB	1203
H. Steuerliche Aspekte	1204
I. Allgemeines	1204
1. Wertneutralität und Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung	1204
2. Eigenständigkeit des Steuerrechts	1204
3. Steuerstrafrecht	1204
II. Schwarzlohnabreden	1205
1. Fallkonstellationen	1205
2. Steuerliche Bedeutung	1205
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1208
III. Scheinselbstständigkeit	1209
1. Fallkonstellationen	1209
2. Steuerliche Bedeutung	1210
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1211
IV. Werkverträge mit ausländischen Unternehmern	1212
1. Fallkonstellationen	1212
2. Steuerliche Bedeutung	1212
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1214
V. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1215
1. Fallkonstellationen	1215
2. Steuerliche Bedeutung	1215
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1216
VI. Verfahren	1216

Steuer und Zoll

20. Kapitel. Steuerstrafrecht

(Pflaum)

I.	Vorbemerkung	1224
	1. Definition und Eingrenzung	1224
	2. Umfang und Erscheinungsformen	1225
II.	Tatbestand der Steuerhinterziehung	1226
	1. Anknüpfung an das Steuerrecht	1226
	2. Geltung des Allgemeinen Teils des StGB	1227
	3. Taterfolg	1231
	4. Tathandlung	1235
	5. Subjektiver Tatbestand	1243
	6. Besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung	1246
	7. Konkurrenzen	1249
III.	Selbstanzeige	1252
	1. Allgemeines	1253
	2. Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen	1254
	3. Negative Wirksamkeitsvoraussetzungen	1258
	4. Drittanzeige	1262
	5. Spezifische Fragen der Mitunternehmerschaften	1262
	6. Steuer- und Finanzmarktabkommen Deutschland-Schweiz	1263
IV.	Formelles Steuerstrafrecht	1265
	1. Allgemeines	1265
	2. Anfangsverdacht	1266
	3. Ermittlungsverfahren in Steuerstrafsachen	1271
	4. Gerichtliches Verfahren in Steuerstrafsachen	1287
	5. Verfahren bei Selbstanzeige	1290
	6. Amtshilfe in Steuersachen	1294
	7. Verständigungen	1299
V.	Rechtsfolgen der Steuerhinterziehung	1301
	1. Strafrecht	1302
	2. Berufsrecht	1303
	3. Steuerschuld- bzw. -verfahrensrecht	1304
VI.	Ausblick	1305

21. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung

(Rödl/Grube)

I.	Einführung	1311
	1. Begriff des Internationalen Steuerrechts, Rechtsquellen	1311
	2. Internationale Steuergestaltung	1311
	3. Internationale Steuergestaltung und Steuerstrafrecht	1313
II.	Ansässigkeit natürlicher Personen	1314
	1. Steuerliches Gestaltungsziel	1314
	2. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	1314
	3. Typische Hinterziehungskonstellationen	1319
III.	Funktionsverlagerung in ausländische Konzerngesellschaften	1321
	1. Steuerliche Anerkennung als im Ausland ansässige Gesellschaft	1321
	2. Funktionsverlagerungen und Verrechnungspreise	1328
	3. Sonderfall Kapitalanlage (und andere passive Einkünfte) im Konzern ..	1338
IV.	Umsatzsteuer	1342
	1. Wirkungsweise eines Umsatzsteuerkarussells	1342
	2. Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung	1342
	3. Strafbarkeit der Umsatzsteuerhinterziehung	1344
V.	Internationale Tax Compliance	1345

22. Kapitel. Zoll

(Harder)

I. Allgemeines	1350
II. Aufgaben, Organisation und Aufbau der Zollverwaltung	1350
1. Die Aufgaben der Zollverwaltung	1350
2. Die Organisation der Zollverwaltung	1351
3. Weisungsverhältnisse	1352
III. Überwachungsaufgaben der Zollverwaltung	1352
1. Zollamtliche und Zollrechtliche Überwachung	1352
2. Steueraufsicht	1355
3. Betriebsprüfungen	1355
4. Überwachung des Warenverkehrs und Bargeldverkehrs über die Grenzen	1356
5. Finanzkontrolle Schwarzarbeit – FKS	1357
6. Überwachungsaufgaben und -instrumente des Zollfahndungsdienstes ..	1358
IV. Ermittlungskompetenzen der Zollbehörden	1360
1. Allgemeines	1360
2. Ermittlungsbefugnisse der Hauptzollämter	1360
3. Ermittlungskompetenzen des Zollfahndungsdienstes	1363
4. Verhältnis der steuerlichen zu den strafrechtlichen Ermittlungen	1365
V. Bedeutung der Zollverfahren und ihrer rechtlichen und praktischen Ausgestaltung für Zuwiderhandlungen	1366
1. Allgemeines	1366
2. Zollverfahren im Allgemeinen/Rechtsgrundlagen	1367
3. Nichterhebungsverfahren und Zollverfahren mit wirtschaftlicher Bedeutung	1373
4. Sonstige zollrechtliche Bestimmungen	1385
VI. Strafrechtlicher Schutz bei den sog. Zollstraftaten	1386
VII. Ermittlung von Steuerstraftaten	1387
1. Begriff der Steuerstraftaten nach § 369 AO	1387
2. Steuerhinterziehung	1388
3. Bannbruch	1397
4. Wertzeichenfälschung	1400
5. Gewerbsmäßiger, gewaltsamer und bandenmäßiger Schmuggel	1400
6. Steuerhehlerei	1402
7. Begünstigung	1403
8. Einziehung	1403
9. Das Schmuggelprivileg	1403
10. Selbstanzeige bei Steuerhinterziehung	1404
11. Im Zusammenhang mit Steuerdelikten stehende Straftaten	1408
VIII. Ermittlung von Zuwiderhandlungen gegen Marktordnungsregelungen der Europäischen Gemeinschaft	1409
1. Allgemeines	1409
2. Rechtsgrundlagen und grundsätzliche Regelungssystematik	1411
3. Aufgaben der Zollverwaltung	1411
4. Modi Operandi	1412
IX. Ermittlung von Verstößen gegen Verbote und Beschränkungen im grenz- überschreitenden Warenverkehr (Bannbruch)	1416
1. Allgemeines	1416
2. Gewerblicher Rechtsschutz/ Schutz des geistigen Eigentums (Marken- und Produktpiraterie)	1417
3. Artenschutz	1423
X. Finanzermittlungen	1430
1. Die Rolle der Finanzermittlungen im Rahmen der OK-Bekämpfung ..	1431
2. Aufgaben und Befugnisse des Zollfahndungsdienstes	1431
3. Zollspezifische Informationsquellen und Ermittlungsansätze	1431

4. Bargeldkontrollen	1433
5. Verdachtsmeldungen und Ermittlungen	1434
XI. Ermittlung von Verstößen gegen das GÜG	1435
1. Allgemeines	1435
2. Der Sinn der Grundstoffüberwachung	1436
3. Die Überwachung der gelisteten Grundstoffe	1437
4. Das polizeiliche Monitoringsystem	1439
5. Ermittlungen	1439
XII. Bedeutung des Steuergeheimnisses i. R. der Tätigkeit der Zollverwaltung	1441
1. Art. 15 Zollkodex	1441
2. §§ 30 ff. AO	1442
XIII. Das ZKA	1446
1. Stellung und Funktion des ZKA im Zollfahndungsdienst	1447
2. Ermittlungsaufgaben und -befugnisse des ZKA	1447
3. Sonstige Aufgaben des ZKA	1448
XIV. Zusammenarbeit des ZKA und des Zollfahndungsdienstes mit anderen Behörden	1449
1. Zusammenarbeit im nationalen Bereich	1449
2. Internationale und europäische Zusammenarbeit im Wege der Amtshilfe	1449
3. Zusammenarbeit mit der EG-Kommission	1452
4. Verhältnis der Amtshilfe zur justitiellen Rechtshilfe	1453

23. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG)

(Harder)

I. Vorbemerkungen	1456
1. Allgemeines	1456
2. Abgrenzung KWKG/AWG	1458
3. Abgrenzung CWÜAG/AWG	1458
4. Abgrenzung CWÜAG/KWKG	1458
II. Außenwirtschaftsgesetz	1459
1. Grundsätze	1459
2. Die Systematik des AWG	1460
3. Die Außenwirtschaftsverordnung	1461
4. Die Entwicklung des Außenwirtschaftsrechts seit 1961.	1463
5. Auswirkungen des EU-Rechts auf das Außenwirtschaftsrecht	1467
6. Zur Verfassungsmäßigkeit der Außenwirtschaftsbestimmungen	1472
7. Die Bußgeld- und Strafbestimmungen des AWG	1472
8. Modi operandi des illegalen Technologietransfers	1491
9. Aufgaben und Befugnisse der Zollbehörden	1494
10. Möglichkeiten des Erkennens des illegalen Technologietransfers durch die Zollbehörden	1495
11. Präventive Telekommunikations- und Postüberwachung durch das ZKA	1496
12. Internationale Zusammenarbeit	1497
13. Sonstige Delikte	1498
III. Kriegswaffenkontrollgesetz	1500
1. Allgemeines	1500
2. Die Systematik des KWKG	1500
3. Die Kriegswaffenliste	1501
4. Die Beschränkungen	1502
5. Die Strafbestimmungen	1509
IV. Das Chemiewaffenübereinkommen	1510
1. Das Ausführungsgesetz und die Ausführungsverordnung zum CWÜ ..	1511
2. Die Strafbestimmungen des CWÜAG	1512
Anhang: Übersicht § 34 AWG (Änderungen)	1513

Ermittlungs- und Strafverfahren

24. Kapitel. Internationale Rechtshilfe

(Hackner)

Vorbemerkung	1523
I. Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten	1523
1. Strafrechtliche Angelegenheiten	1523
2. Rechtshilfe	1524
II. Rechtshilfe als Teil international arbeitsteiliger Strafverfolgung	1526
1. Rechtshilfe im Zusammenspiel verschiedener Rechtsordnungen	1526
2. International abgestimmtes Vorgehen	1528
3. Checkliste zu Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines Rechtshilfeersuchens	1531
III. Rechtsquellen	1532
1. Grundstrukturen und Hilfsmittel	1532
2. Rechtsquellen im globalen Netzwerk	1535
3. Rechtsquellen des nationalen Rechtshilferechts	1554
IV. Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1557
1. Nichtgenehmigungsbedürftige grenzüberschreitende Befugnisse	1557
2. Befugnisse von Auslandsvertretungen	1559
3. Rechtshilfe und konkurrierende Strafverfolgungszuständigkeiten	1560
4. Verhältnismäßigkeit, auch von Aufwand und Ertrag	1565
V. Das Ersuchen um Rechtshilfe (i. w. S.)	1565
1. Verfasser des Ersuchens	1565
2. Form und Inhalt des Ersuchens	1568
3. Geschäftsweg	1569
4. Notwendige Einschaltung weiterer Behörden	1570
VI. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtshilfe	1572
1. Allgemeine Voraussetzungen	1572
2. Besonderheiten für Fiskaldelikte	1576
3. Spezifische Voraussetzungen einzelner Maßnahmen	1577
4. Grenzen der Rechtshilfenutzung, Spezialität	1582
VII. Ausgewählte Länderspezifika	1585
1. Schengenstaaten	1585
2. Besonderheiten der Schweiz	1585
3. Liechtenstein	1589
4. Vereinigtes Königreich und Irland	1589
5. Mittel- und Osteuropa	1591
6. Vereinigte Staaten und Kanada	1591
7. Steueroasen in Übersee	1592
8. Asien und Ozeanien	1592

25. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens

(Nickolai)

I. Durchsuchung und Beschlagnahme	1594
1. Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen – Beschlagnahmeverbot (§ 97 StPO)	1594
2. Entbindung von der Schweigepflicht	1610
3. Zufallsfunde	1613
4. Folgen des Beschlagnahmeverbots	1614
5. Beschlagnahme von Behördenakten gemäß § 96 StPO	1614
6. Verwertbarkeit von „Steuerdaten-CDs“	1615
II. Einzelfragen der Akteneinsicht	1616
1. Rechtsweg	1616
2. Akteneinsicht im Ausgangsverfahren nach Aktentrennung	1616

3. Anhörung des Beschuldigten vor Erteilung der Akteneinsicht	1617
III. Einzelfragen der Zeugenanhörung	1618
1. Zeugnisverweigerungsrecht eines Notars und seines Gehilfen	1618
2. Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen (§ 55 StPO)	1620
3. Fragebögen an Zeugen zur Sachverhaltsaufklärung im Rahmen des Ermittlungsverfahrens	1622
IV. Verwertbarkeit von Angaben im Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO ...	1623
V. Verbot des Selbstbelastungszwangs im Steuerstrafverfahren	1625
1. Problemstellung	1625
2. Recht zur Lüge?	1626
3. Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen für nachfolgende Besteuerungszeiträume oder Verwendungsverbot?	1627
4. Einschränkende Auslegung des Verwendungsverbots bei Selbstanzeige gemäß § 371 AO	1629
5. Verpflichtung die Einkünfte betragsmäßig offen zu legen?	1631

26. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren

(Krause)

Vorbemerkung	1636
A. Beweisantragsrecht	1637
I. Verfassungsrechtliche Anbindung des Beweisantragsrechts	1637
II. Das Verhältnis zur Aufklärungspflicht nach § 244 Abs. 2 StPO	1638
III. Der Begriff des Beweisantrags	1639
1. Beweisanträge außerhalb der Hauptverhandlung	1639
2. Die Rechtsprechung	1640
3. Definition	1640
IV. Formelle Anforderungen und Verfahren	1640
1. Antragsberechtigung und gemeinsame Antragstellung	1640
2. Ausschluss der Antragsberechtigung und Rechtsmissbrauch	1641
3. Form und Protokollierung – Anordnung nach § 257a StPO	1642
4. Zeitpunkt der Antragstellung	1643
5. Zurücknahme und Verzicht	1644
V. Der bedingte Beweisantrag	1644
1. Klassifizierungsansätze	1644
2. Der Hilfsbeweisantrag	1646
3. Der Eventualbeweisantrag	1649
VI. Die inhaltlichen Anforderungen an das Beweisbegehren	1649
1. Die Behauptung der Beweistatsache	1649
2. Die Angabe des Beweismittels	1658
VII. Beweisanregung, Beweisermittlungsantrag und Scheinbeweisantrag	1661
1. Beweisanregung und Beweiserbieten	1661
2. Beweisermittlungsantrag	1661
3. Scheinbeweisantrag und Missbrauch des Beweisantragsrechts	1663
VIII. Die Entscheidung über den Beweisantrag	1664
1. Die Anordnung der Beweisaufnahme	1664
2. Die Ablehnung des Beweisantrags durch Gerichtsbeschluss	1665
IX. Die Ablehnung des Beweisantrags	1666
1. Das Verbot der Beweisantizipation	1666
2. Unzulässigkeit der Beweiserhebung gem. § 244 Abs. 3 Satz 1 StPO ...	1168
3. Die Ablehnungsgründe des § 244 Abs. 3 Satz 2 StPO	1669
4. Ablehnung des Sachverständigenbeweises nach § 244 Abs. 4 StPO	1683
5. Ablehnung des Augenscheinsbeweises nach § 244 Abs. 5 Satz 1 StPO .	1685
6. Die Ablehnung eines Auslandszeugen nach § 244 Abs. 5 Satz 2 StPO .	1686
B. Verständigung im Strafverfahren	1687
I. Einführung	1687

1. Allgemeine Bemerkungen	1687
2. Der Standpunkt des Bundesgerichtshof bis zum Inkrafttreten des Gesetzes	1688
3. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	1689
4. Kurzübersicht zur Gesetzesentstehung	1691
II. Die gesetzliche Regelung	1692
1. Überblick	1692
2. Anwendungsbereich des Gesetzes	1692
3. Die gesetzlichen Regelungen im Einzelnen	1693
 27. Kapitel. EDV-Beweissicherung (Bär) 	
A. Einführung	1714
I. Einleitung	1714
II. Bedeutung der EDV-Beweissicherung	1717
1. Bedeutung des Ermittlungsverfahrens	1717
2. Grenzen der Auslegung	1717
3. Einteilung der Zugriffsrechte und Gang der Darstellung	1718
B. Einzelne Zwangsmaßnahmen	1719
I. Durchsuchungen im EDV-Bereich	1719
1. Betroffener Personenkreis	1720
2. Inbetriebnahme fremder EDV-Anlagen	1721
3. Nutzung fremder Programme	1723
4. Reichweite der Durchsuchungsbefugnisse	1724
5. Durchsuchungen mit Auslandsbezug	1725
6. Planung und Vollzug von Zwangsmaßnahmen	1728
7. Durchsicht der Papiere	1732
II. Beschlagnahme von Computerdaten	1733
1. Gegenstände als Beweismittel	1733
2. Potentielle Beweisbedeutung	1735
3. Formen der Sicherstellung	1736
4. Beschlagnahmeverbote	1736
5. Postbeschlagnahme	1739
6. Rasterfahndung	1740
7. Durchführung der Sicherstellung und Auswertung von EDV-Unterla- gen	1740
III. Strafprozessuale Mitwirkungspflichten	1742
1. Zeugenpflicht	1742
2. Editionspflicht (§ 95 StPO)	1744
IV. Eingriffe in die Telekommunikation	1746
1. Überwachung der Telekommunikation (§ 100a StPO)	1747
2. Auskunftsanspruch bzgl. Verkehrsdaten (§ 100g StPO)	1758
3. Auskunftersuchen gem. §§ 112 und 113 TKG sowie § 100j StPO und §§ 14, 15 TMG	1767
4. Einsatz des IMSI-Catchers (§ 100i StPO)	1769
5. Planung und Durchführung von Eingriffen	1770
C. Ermittlungen im Internet	1771
I. Polizeistreifen in Datennetzen	1771
II. Online-Zugriff auf fremde Daten	1773
1. Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	1774
2. Strafprozessuale Rechtsgrundlagen	1775
III. Einsatz sonstiger neuer technischer Mittel	1779
D. Ermittlungen mit Auslandsbezug	1780
I. Einzelne Ermittlungsbefugnisse	1780
II. Verwertung von Beweismitteln	1782

E.	Zugriff auf verschlüsselte Daten	1783
	I. Methoden der Datenverschlüsselung	1783
	II. Bekanntgabe von Verschlüsselungsmechanismen	1785
F.	Zusammenfassung und Ausblick	1786

28. Kapitel. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung, Rückgewinnungshilfe

(Podolsky)

I.	Einleitung	1790
II.	Konzeption zur Vermögensabschöpfung	1791
	1. Erste Säule: Aus- und Fortbildung	1791
	2. Zweite Säule: Projektgruppe Vermögensabschöpfung (PGV)	1791
	3. Dritte Säule: Finanzermittlungen als polizeilicher Standard	1792
	4. Zusammenarbeit Justiz/Polizei im Bereich der Finanzermittlungen	1792
III.	Materielle Rechtsgrundlagen der Vermögensabschöpfung	1792
	1. Die Verfallsvorschriften	1793
	2. Nutzungen gem. § 73 Abs. 2 Satz 1 StGB	1798
	3. Surrogate gem. § 73 Abs. 2 Satz 2 StGB	1799
	4. Handeln für einen anderen nach § 73 Abs. 3 StGB	1799
	5. Dritteigentümerbezogener Verfall nach § 73 Abs. 4 StGB	1802
	6. Der Verfall von Wertersatz nach § 73a StGB	1802
	7. Schätzung nach § 73b StGB	1803
	8. Unbillige Härte nach § 73c StGB	1804
	9. Die Haftung von Mittätern und Bandenmitgliedern	1806
	10. Erweiterter Verfall nach § 73d Abs. 1 StGB	1807
	11. § 73d Abs. 2 StGB	1808
	12. § 73d Abs. 3 StGB	1809
	13. § 73d Abs. 4 StGB	1809
IV.	Verfahrensvorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung	1809
	1. Vorbemerkung	1809
	2. Die Sicherstellung durch Beschlagnahme und dinglichen Arrest	1810
	3. Abgrenzung Beschlagnahme/dinglicher Arrest	1810
	4. Sicherstellung der materiellen Ansprüche durch Beschlagnahme	1810
	5. Sicherstellung der materiellen Ansprüche durch dinglichen Arrest	1811
	6. Die Sicherstellung durch Beschlagnahme nach § 111b Abs. 1 StPO	1811
	7. Anordnung der Beschlagnahme nach § 111e Abs. 1 StPO	1812
V.	Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen im Falle der Beschlagnahme nach § 111 f StPO	1812
	1. Bei beweglichen Gegenständen	1813
	2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	1813
	3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1813
	4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	1813
VI.	Die Vollziehung/Vollstreckung der Beschlagnahme nach § 111c StPO	1813
	1. Bei beweglichen Gegenständen	1814
	2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	1814
	3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1814
	4. Bei eingetragenen Schiffen und Luftfahrzeugen	1814
	5. Die Wirkung der vollzogenen Beschlagnahme nach § 111c Abs. 5 StPO	1814
	6. Absehen vom Verfall im Strafurteil	1815
VII.	Folgen der gerichtlichen Verfallsanordnung	1815
	1. Die Rückgewinnungshilfe nach § 111b Abs. 5 und Abs. 1 StPO	1815
	2. Die Geschädigtenbenachrichtigung nach § 111e Abs. 3 und 4 StPO	1816
	3. Die einzuleitenden Maßnahmen der Geschädigten	1816
	4. Zulassung der Zwangsvollstreckung der Geschädigten nach § 111g Abs. 2 StPO	1816
	5. Das weitere Vorgehen nach Stellung des Zulassungsantrages	1817

6. Aufrechterhaltung der Beschlagnahme zu Gunsten Verletzter nach § 111i Abs. 1 bis 8 StPO	1817
7. Unbekannte Geschädigte und das Verfahren nach §§ 979 ff. BGB i.V.m. Art. 74 Nr. 5 RiStBV bei beweglichen Gegenständen	1819
VIII. Die Sicherstellung von Gegenständen durch dinglichen Arrest nach § 111b Abs. 2 StPO	1821
1. Anordnung des dinglichen Arrestes nach § 111e Abs. 1 StPO	1821
2. Notwendiger Inhalt eines dinglichen Arrestes nach § 111d Abs. 2 StPO	1822
IX. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen im Falle des dinglichen Arrestes nach § 111f StPO	1822
1. Bei beweglichen Gegenständen	1822
2. Bei Grundstücken und grundstücksgleichen Rechten	1823
3. Bei Forderungen, Schiffen und Schiffsbauwerken	1823
X. Die Vollstreckung des dinglichen Arrestes gem. § 111d StPO	1823
1. Bei beweglichen Gegenständen	1823
2. Bei Grundstücken	1824
3. Bei Forderungen und anderen Vermögensrechten	1824
4. Bei eingetragenen Schiffen, Schiffsbauwerken und Luftfahrzeugen	1824
XI. Absehen vom Wertersatzverfall im Strafverfahren	1824
1. Folgen des gerichtlichen Wertersatzverfalls	1824
2. Die Rückgewinnungshilfe im Falle des Wertersatzes	1824

29. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen

(Dierlamm)

I. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	1828
1. Berufsauftrag des Strafverteidigers	1828
2. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen und Medien	1830
3. Die Sockelverteidigung	1831
4. Die Firmenvertretung	1833
II. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	1835
1. Vorbemerkung	1835
2. Aktivitäten des Verteidigers im Ermittlungsverfahren	1835
3. Verteidigung bei Durchsuchung und Beschlagnahme	1844
4. Erledigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	1847
III. Verteidigung im Zwischenverfahren	1849
IV. Verteidigung im Hauptverfahren	1850
1. Vorbereitung der Hauptverhandlung	1850
2. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung	1852

30. Kapitel. Der Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen

(Sauer)

I. Begriffsbestimmungen	1857
1. Geschädigter, Opfer, Verletzter	1857
2. Schlussfolgerungen	1859
II. Geschädigter und Geschädigtenvertreter	1860
III. Die Zeugenvernehmung des Geschädigten	1862
1. Der Verletzte als Beweismittel und Prozesssubjekt zugleich	1862
2. Befugnisse nach § 406f Abs. 1 StPO	1862
3. Befugnisse nach § 406f Abs. 2 StPO	1863
IV. Die Strafanzeige	1863
1. Entscheidung über die Anzeigerstattung	1863
2. Form und Inhalt der Strafanzeige	1865
3. Weiteres Vorgehen nach der Anzeigerstattung	1866
V. Informationsrechte	1867
1. Übersicht	1867

2. Akteneinsicht, § 406e StPO	1868
3. Pflichtgemäße Mitteilung nach § 406d StPO	1873
VI. Anwesenheits- und Teilnahmerechte	1874
VII. Private Ermittlungen des Geschädigten	1876
1. Übersicht	1876
2. Rechtlicher Rahmen	1877
3. Praxishinweise	1880
VIII. Strafprozess und Schadenswiedergutmachung	1881
1. Übersicht	1881
2. Einstellung nach § 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO	1882
3. Rückgewinnungshilfe nach §§ 111b ff. StPO	1882
4. Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a StGB	1883
5. Adhäsionsverfahren nach §§ 403 ff. StPO	1884
6. Bewährungsauflage nach §§ 59, 59a Abs. 2 Nr. 1 StGB	1888
7. Möglichkeiten nach dem Urteil	1889
8. Sonstiges	1889

**31. Kapitel. Die Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden mit
anderen Institutionen bei der Aufklärung von Wirtschaftsstraftaten**
(Gericke)

I. Vorbemerkung	1891
II. Öffentliche Institutionen	1892
1. Bundesagentur für Arbeit (BfA)	1892
2. Bundesamt für Güterverkehr (BAG)	1893
3. Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI)	1894
4. Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)	1896
5. Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	1898
6. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE)	1903
7. Bundeskartellamt	1903
8. Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)	1905
9. Deutsches Patent- und Markenamt (DPMA)	1906
10. Grenzpolizeiliche Kontaktstellen	1907
11. Industrie- und Handelskammern (IHK)	1908
12. Informationszentrale für den Steuerfahndungsdienst beim Finanzamt Wiesbaden II, IZ-Steufa	1909
13. Landesgewerbeamt Bayern (LGA)	1909
14. Nachrichtendienste	1910
15. Zollkriminalamt (ZKA)	1910
III. Private Institutionen	1912
1. Telekommunikationsanbieter	1912
2. Institutionen der freiwilligen Selbsthilfe	1914
IV. Internationale Organisationen	1917
1. Europäisches Justizielles Netz (EJN)	1918
2. Eurojust	1919
3. Europäisches Polizeiamt (EUROPOL)	1923
4. Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF)	1924
Sachverzeichnis	1927